

dung sei gefällt worden, weil es der politischen Stabilität im Land nütze und es sich im Rahmen der Gesetze bewege. Wenn Dissidenten sich weigerten, ins Ausland zu gehen, oder weiter als Werkzeug des Westens dienen wollten, so ändere das auch nichts an der Gesamtsituation. Die Freilassung von Dissidenten sollte in einem ruhigen Klima und mit möglichst geringer ausländischer Publizität erfolgen. (ZM, 1997/4, S.6f.)

In jüngster Zeit haben sich Verwandte der beiden Dissidenten wieder an die Öffentlichkeit gewandt. Wang Dans Mutter Wang Lingyun machte eine Eingabe an den Volkskongreß (eine von den wenigen Petitionen angesichts einer immer stärkeren Kontrolle durch die Behörden) (SCMP, 2.3.97), und Wei Jingshengs Schwester Wei Shanshan bat den amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore in einem Brief, sich bei seinem China-Besuch für ihren Bruder einzusetzen. (SCMP, 25.3.97) -ljk-

*(14)

Bombenanschlag in Beijing

Wird das bis dato relativ unbekanntes Phänomen des Terrorismus auch in China ein Tatbestand, mit dem die Bevölkerung im Alltag zu leben hat? Zum erstenmal erlebte Beijing einen Terrorakt in Form eines Bombenanschlags. Am Abend des 7. März explodierte in der Buslinie 22 auf einer Hauptverkehrsstraße (Nördliche Xidan-Straße) im Westen der Hauptstadt eine anscheinend selbstgebastelte Bombe. Nach offiziellen Angaben mußten zehn Menschen ins Krankenhaus eingeliefert werden, es gab aber keine Toten. Eine "Organisation für die Freiheit Turkestans" schickte ein Bekenner schreiben an die taiwanische Zentrale Nachrichtenagentur in Ankara. Sie sprach von drei Toten. In Kasachstan ansässige Exil-Uiguren dementierten diesen Bericht, eine Organisation dieses Namens existiere gar nicht. (SZ, 10.3.97) Nach den Anschlägen im Autonomen Gebiet Xinjiang im Februar ein neuer Terroranschlag von Separatisten? Nach Aussagen des Ministers für öffentliche Sicherheit, Tao Siju, und des Beijinger Bürgermeisters Jia Qinglin deutet nichts auf eine solche Verbindung hin. Die Bomben unterschieden sich, in Xinjiang wurde TNT benutzt, was beim Attentat in Beijing zu einer Katastrophe geführt hätte. (AW, 21.3.97) Eine Sondereinheit der Polizei zur Untersuchung des Anschlags wurde eingesetzt und eine

Belohnung für Hinweise auf den Täter ausgesetzt. Die Sicherheitsvorkehrungen in der Hauptstadt - ohnehin schon schärfer wegen der Tagung des Nationalen Volkskongresses - wurden noch einmal verstärkt. Zwei Tage vorher war bereits in der Nähe eines Einkaufszentrums im Stadtbezirk Chaoyang eine Bombe explodiert, wobei es aber keine Verletzten gegeben hatte. Bei beiden Anschlägen handelt es sich wahrscheinlich um denselben Täter; Methode und Materialien gleichen sich. Nach einem Bericht der Hongkonger Zeitung *Ming Bao* soll ein Waschmaschinen-Reparateur als Tatverdächtiger festgenommen worden sein. (15.3.97, in SWB, 18.3.97) Wie Tao Siju bestätigte, hat es eine Bombendrohung in der Beijinger U-Bahn gegeben, die sich aber als "Scherz" herausstellte. (*Ming Bao*, Hongkong, 15.3.97, in SWB, 18.3.97)

Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen und Anschlägen in Xinjiang letzten Monat sind 15 Personen festgenommen worden (sechs Personen - alle in den 30er Jahren und ohne Arbeit - wegen des Aufruhrs in der Stadt Yining, bei denen es neun Tote und 198 Verletzte gegeben hatte, und neun Personen - acht Uiguren und ein Han-Chinese - wegen der drei Bus-Bombenanschläge in Urumqi mit neun Toten und 74 Verletzten). Als Anführer wurde der 29jährige Uigure Abudu Heilili identifiziert, der als Organisator einer antichinesischen Demonstration in Yining im August 1995 festgenommen worden war. (SCMP, 21.3.97) Das Urteil soll noch vor dem 18. April, dem Tag des muslimischen Corban-Fests, ausgesprochen werden.

Die Tageszeitung *Xinjiang Ribao* schrieb am 11. März, daß sich die muslimischen Separatisten in politische Parteien mit Programmen organisiert hätten und mit vielen anderen Exilgruppen zusammenarbeiteten. Sie hätten "Universitäten, Mittel- und Grundschulen sowie Fabriken infiltriert und riefen offen nach Arbeiter-, Lehrer- und Schülerstreiks und wiegelten dazu auf". (Nach SCMP, 18.3.97)

Um nach außen hin die Einheit der chinesischen Nation und den Zusammenschluß des Han-Volkes mit den anderen Nationalitäten zu demonstrieren, brachten die *Volkszeitung* und andere nationale Zeitungen am 12. März auf der Titelseite ein Photo von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin, dem das PKCV-Mitglied Kerim, ein Sänger, Glückwünsche der Bevölkerung von Xinjiang übermittelte.

Einer Meldung der *South China Morning Post* zufolge ist ein Plan, 50.000 bis 100.000 Menschen im Rahmen des Drei-Schluchten-Staudamm-Projekts nach Xinjiang umzusiedeln, fallen gelassen worden. Xinjiangs Parteisekretär Wang Lequan und andere Führer des Autonomen Gebiets sollen sich dagegen ausgesprochen haben, denn ein solches Vorgehen hätte unter den dort lebenden Nationalitäten nur neue Unruhe geschürt. (SCMP, 20.3.97) -ljk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

*(15)

Staatlicher Fonds für wissenschaftliche Publikationen

Angesichts der Krise des wissenschaftlichen Publikationssektors (vgl. C.a., 1997/2, Ü 15) hat der Staat jetzt einen Fonds zur Unterstützung wissenschaftlich-technischer Publikationen gegründet. Kürzlich wurden probeweise "Durchführungsbestimmungen für die Verwaltung des Staatlichen Fonds für wissenschaftlich-technische Publikationen" erlassen (abgedruckt in GMRB, 20.3.97, S.2). Aus dem Fonds kann die Veröffentlichung hervorragender naturwissenschaftlicher und technischer Werke finanziert werden. Die Verteilung der Gelder erfolgt auf Antrag im Wettbewerb und durch Gutachterverfahren. Der Fonds wird von einer Kommission verwaltet, die sich aus Vertretern der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, dem Finanzministerium, dem Staatlichen Büro für Presse- und Publikationswesen, der Staatlichen Kommission für Verteidigungswissenschaft und -industrie, der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik, der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften, der Staatlichen naturwissenschaftlichen Stiftung sowie Wissenschaftlern und Fachverlegern zusammensetzt.

Für ein wissenschaftliches Werk kann ein Höchstbetrag von 100.000 Yuan bewilligt werden. Die Unterstützung kann für folgende Arbeiten gewährt werden:

1. Wissenschaftliche Monographien, die das Ergebnis jahrelanger systematischer, eingehender Forschung

- sind und einen theoretischen Beitrag leisten oder wichtige Ergebnisse für die Praxis erbringen;
2. Grundlegende oder theoretische Werke, in denen unter Auswertung in- und ausländischer Materialien auf einem bestimmten wissenschaftlichen Gebiet und durch analytische Neuordnung neue Ergebnisse erzielt wurden, die für den wissenschaftlichen Fortschritt oder die Ausbildung von Wissenschaftlern Bedeutung haben;
 3. Werke der angewandten Technik, in denen vorhandene Theorien auf die Produktionspraxis angewendet werden oder fortgeschrittene Technologie und Erfahrungen aus der Praxis dargelegt werden, also Werke, die für die Gesellschaft wirtschaftliche Erträge bringen können.

Folgende Kategorien von Werken können nicht aus dem Fonds subventioniert werden:

1. Übersetzungen und Sammelwerke;
2. Materialien zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse;
3. Lehrbücher und Hilfsmittel.

Gefördert werden demnach in erster Linie Werke, die einen originären Forschungsbeitrag leisten, daneben auch solche, die für einen bestimmten Technologiebereich von wirtschaftlicher Bedeutung sein können. In jedem Falle geht es um Arbeiten aus den Bereichen Naturwissenschaften und technische Wissenschaften, während Werke aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften keine Förderung erhalten. Wünschenswert wäre die Einrichtung eines Fonds auch für Arbeiten dieser Kategorie, denn im Vergleich zu naturwissenschaftlichen Werken lassen sie sich noch schwerer publizieren. -st-

*(16)

Forderung nach gleichen Bildungschancen

Die chinesischen Bildungsgesetze schreiben das Prinzip des Schulbesuchs in Wohnnähe vor. Dies bedeutet, daß offiziell die freie Schulwahl verboten ist und Eltern ihre Kinder in die zur Wohnung nächstgelegene Schule schicken müssen. In der Praxis wird das Prinzip in großem Umfang umgangen, denn viele Eltern sind bestrebt, ihr Kind auf eine qualitativ gute Schule zu schicken, um ihm den Weg zur Hochschule zu ebnen. Sie wählen daher für ihr Kind die bestmögliche Schule aus und sind bereit, dafür hohe Schulgebühren zu

zahlen und den Nachteil größerer Entfernung in Kauf zu nehmen. Diese Praxis hat sich zu einem ernsthaften gesellschaftlichen Problem bei der Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht entwickelt, weil sie die Chancengleichheit im Bildungswesen untergräbt. Das Problem betrifft vor allem das Schulwesen in den Städten, denn auf dem Lande liegt das Niveau der Schulen in der Regel so weit unter dem städtischen Niveau, daß dort an die Erlangung der Hochschulreife ohnehin nicht zu denken ist. Es ist ein Problem, das in fast allen städtischen Familien Unmut hervorruft, bei den einen darüber, daß ihnen die freie Schulwahl verwehrt werden soll, bei den anderen, daß sie u.U. ihr Kind nicht auf eine Schule in Wohnnähe schicken können, weil diese, wenn es sich um eine gute Schule handelt, die freien Plätze an Kinder zahlungskräftiger Eltern vergibt.

Im Frühjahr 1996 war die freie Schulwahl Gegenstand heftiger Diskussionen und Kontroversen in den Medien. Daraufhin hatte der Ausschuß für Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheit und Sport der Politischen Konsultativkonferenz im selben Jahr in einigen Provinzen eine Untersuchung durchgeführt. In seinem Bericht wurde als Hauptgrund dafür, daß das Problem der freien Schulwahl immer gravierender und das Verbot hohen Schulgeldes nicht beachtet wird, die Existenz zu vieler schlechter Schulen genannt. Jetzt hat sich die Politische Konsultativkonferenz während ihrer Sitzungsperiode wiederum ausführlich mit dem Problem befaßt. Dort wurde betont, daß gegenwärtig die großen und mittelgroßen Städte nach und nach dabei seien, die neunjährige Schulpflicht einzuführen, daß jedoch zwischen den Grund- und Mittelschulen der gleichen Schulstufe beträchtliche Unterschiede bestünden. Insbesondere im Rahmen der Grundbildung (also der Schuljahre 1-9) gebe es eine relativ große Anzahl schwacher Schulen, die ihre Schüler nur unzureichend ausbilden, wodurch das Vertrauen der Gesellschaft erschüttert werde und die Eltern beunruhigt würden. In den Diskussionen zeigte man durchaus Verständnis für Eltern, die auf der freien Schulwahl bestehen. Man könne es den Eltern nicht verdenken, daß sie ihre Kinder auf eine Schwerpunktschule schicken angesichts der vielen schlechten Schulen. Es dürfe eben einfach nicht die Unterteilung in Schwerpunktschulen und schwache Schulen geben.

Anstatt wiederum Verbote und deren Überwachung zu fordern (z.B. Verbot zu hoher Schulgelder, Verbot der Ummeldung des Wohnsitzes zu Verwandten oder Bekannten, die in der Nähe einer guten Schule wohnen), wie es bislang meist der Fall war, konzentrierte man sich in den Diskussionen jetzt stärker auf Vorschläge und Maßnahmen zur Anhebung des Niveaus der als schlecht geltenden Schulen, um so die Chancengleichheit der Schulkinder zu erhöhen. Trotz der Anstrengungen, die vielerorts in diese Richtung unternommen werden, gibt es in den meisten Städten immer noch ca. 20 Prozent unzureichende Schulen, in manchen Städten sogar 30-40 Prozent. Beunruhigend muß die Feststellung wirken, daß sich die Qualitätsunterschiede zwischen den Schulen in den letzten Jahren immer mehr vergrößert haben und das Problem der schlechten Schulen immer gravierender wird. Die Verbesserung der schlechten Schulen wird daher jetzt als die vordringlichste Aufgabe betrachtet. Die örtlichen Führungen wurden ermahnt, sich dieser Aufgabe verstärkt anzunehmen und mehr in sie zu investieren.

Daß die großen Niveauunterschiede der Kern des Problems sind, konnte anhand der Beispiele Beijing und Shanghai veranschaulicht werden. Die Stadt Beijing hat für die Verbesserung schlechter Schulen 120 Mio. Yuan bereitgestellt und konnte dadurch den Anteil derjenigen, die nicht in Wohnnähe eingeschult wurden, von etwa 25 Prozent im vergangenen Jahr auf 13 Prozent in diesem Jahr reduzieren. Die Stadt hofft, den Anteil im nächsten Jahr auf 6 Prozent senken zu können. Auch aus Shanghai wurde über positive Erfahrungen berichtet. Dort hatte man festgestellt, daß von über 1000 Schulen mehr als 240 nicht dem Standard entsprachen. Innerhalb von drei Jahren soll das Niveau dieser Schulen angepaßt werden. Im vergangenen Jahr wurden in die Verbesserung dieser Schulen 190 Mio. Yuan investiert, und bereits nach zwei Jahren sind erste Erfolge sichtbar. Gleichzeitig wurden erste Schritte unternommen, die Aufnahmeprüfungen beim Übergang von der Grundschule auf die Mittelschulunterstufe abzuschaffen. Solche Prüfungen widersprechen der neunjährigen Schulpflicht, sind aber nötig, solange die großen Niveauunterschiede zwischen Schulen gleicher Schulstufe bestehen. (Vgl. GMRB, 11.3.97, S.2.)

Für die problemlose Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht ist die Vereinheitlichung des Niveaus der Schulen notwendig. Dies beinhaltet zugleich die Abschaffung der Schwerpunktschulen, also der Eliteschulen, die sich die Schüler nach Begabung und Zahlungskraftigkeit der Eltern aussuchen. Wie es scheint, werden sich die Bildungsbehörden jetzt verstärkt diesem Ziel der Vereinheitlichung des Niveaus zuwenden; allerdings ist dies vorerst nur in den Städten möglich. Bis das Niveau der Schulen auf dem Lande angeglichen ist, wird noch viel Zeit vergehen. Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn wenigstens im städtischen Bereich mehr Chancengleichheit im Bildungswesen bestünde. -st-

*(17)

Vorschriften für Verwaltung ländlicher Bildungsfonds

Im März 1997 haben die Staatliche Bildungskommission, die Staatliche Planungskommission, das Agrar- und das Finanzministerium "Durchführungsbestimmungen für die Verwaltung ländlicher Bildungsfonds" erlassen. Unter dem Begriff "ländliche Bildungsfonds" sind Abgaben zu verstehen, die die örtlichen Regierungen zusätzlich zu den aus öffentlichen Haushalten für das Bildungswesen zur Verfügung stehenden Mitteln eigenmächtig erheben. Um die Finanznot im Schulwesen zu lindern, greifen viele örtliche Regierungen zu dem Mittel, die Abgaben für die Schulbildung unautorisiert zu erhöhen, von den Schulen und damit von den Schülern zusätzliche Abgaben zu verlangen und die Bevölkerung zu Spenden zu nötigen. Die Staatliche Bildungskommission hat die Kreis- und Gemeindeverwaltungen als hauptverantwortlich für diese ungerechtfertigten Abgaben erklärt, die mittlerweile ein Ausmaß erreicht haben, das den Zorn der Landbevölkerung hervorruft und zu einem ersten Problem geworden ist. Nach einer unvollständigen Statistik über 23 Provinzeinheiten sollen im vergangenen Jahr 540 Mio. Yuan unautorisierte Abgaben für das Bildungswesen kassiert worden sein. Den größten Teil davon sollen die örtlichen Regierungen erhoben haben. (Vgl. Zhongguo Xinwen She, Beijing, engl., 27.3.97, nach SWB, 10.4.97.) Was sie von den Schulen fordern, geben diese an die Schüler weiter, wodurch sich die Schulgebühren für viele Landbewohner ins Unerträgliche steigern mit der Folge, daß zahllose Familien ihre Kinder von der

Schule nehmen müssen. Die von den örtlichen Stellen zu verantwortende Abgabenlast wirkt daher den Bemühungen der Zentralregierung um die Einführung der allgemeinen Schulpflicht entgegen.

Zweck der jetzt erlassenen Bestimmungen ist es, die Kontrolle über die Bildungsfonds der unteren Verwaltungsebenen effektiver zu gestalten und die Belastungen der Dorfbevölkerung zu vermindern. Die neuen Vorschriften legen fest, daß sich die Gründung von ländlichen Bildungsfonds nach der örtlichen wirtschaftlichen Situation und dem Stand des Schulwesens sowie den finanziellen Möglichkeiten der Bevölkerung zu richten habe. Ferner müssen die Grundsätze Gesetzmäßigkeit, Freiwilligkeit und Zweckbestimmtheit Geltung haben. Es ist genau vorgeschrieben, wofür die Bildungsfonds verwendet werden dürfen und wofür nicht: Sie müssen ausschließlich für die Renovierung oder den Neubau von Schulgebäuden im Rahmen der Pflichtschule verwendet werden. Keinesfalls dürfen sie für Institutionen im Bereich außerhalb der Schulpflicht, für Gehälter und sonstige Vergütungen von Lehrern und Arbeitern oder für die Verbesserung des Unterrichts verwendet werden. (Gehälter und andere reguläre Bildungsausgaben müssen aus den Haushaltsmitteln bestritten werden.) Auch dürfen sie nicht den von den Finanzbehörden bereitgestellten Bildungsmitteln oder der Ergänzungsabgabe der bäuerlichen Bevölkerung für das Bildungswesen zugeschlagen noch in anderen Ressorts verwendet werden.

Um einen Bildungsfonds zu gründen, müssen die in Frage kommenden Schulen eine offizielle Genehmigung bei der Kreisregierung einholen. Berechtig sind Schulen, die die Schulpflicht praktizieren, der örtlichen Planung für die Einführung der Schulpflicht entsprechen und einen vernünftigen Standort haben. Sofern ihr vorhandenes Schulgebäude in einem gefährlichen baulichen Zustand ist oder ihre Kapazität für die Aufnahme neuer Schüler im Pflichtschulbereich nicht ausreicht, können sie einen Antrag auf Genehmigung der Gründung eines Bildungsfonds stellen. Ein solcher Bildungsfonds auf dem Lande kann in Form von Geld, Material oder Arbeitsleistung aufgestockt werden. Die Schulen selbst dürfen ihn nicht erhalten, und sie dürfen auch nicht von den Schülern zusätzlich einen gleichen Anteil an dem Fonds verlangen. Die Kommunen müssen die Genehmigung der Kreisregierung einholen, während

die Mittel aus dem Fonds von den Finanzämtern der Kommunen bzw. Kleinstädte auf einem Spezialkonto verwaltet werden.

Um größtmögliche Transparenz in der Verwaltung und Verwendung der Mittel zu erreichen, wird in den Bestimmungen verfügt, daß die Gemeinderegierungen ein Kontroll- und Verwaltungssystem einzurichten, die Abrechnungen über Einnahmen und Ausgaben öffentlich zu machen und sie der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen haben. Die Kreisregierung hat eine aus Vertretern verschiedener Behörden zusammengesetzte Überprüfungsgruppe einzurichten, die für den jeweiligen Bildungsfonds verantwortlich ist. Nur nach Zustimmung dieses Gremiums kann die Genehmigung der Kreisregierung hinsichtlich der Gründung eines Bildungsfonds eingeholt werden. Außerdem muß auf Dorfebene die Dorfeinwohnerversammlung über die Gründung eines Bildungsfonds diskutiert und einen Beschluß gefaßt haben, bevor bei den örtlichen Kollektivunternehmen oder den Dorfbewohnern Geld gesammelt werden kann. Eine letzte Bestimmung besagt, daß kein Dorf und keine Kommune ungerechtfertigt Bildungsfonds gründen dürfen. Wenn beispielsweise die Schulgebäude in Ordnung sind und die Verteilung der Schulen vernünftig ist, wenn eine Gemeinde entsprechend den staatlichen Bestimmungen als arme Gemeinde anerkannt ist und wenn bei schweren Naturkatastrophen die öffentlichen Mittel für die Entwicklung des Schulwesens ausreichen, dann dürfen keine Bildungsfonds eingerichtet werden. (RMRB, 13.3.97, S.4)

Aus den Bestimmungen geht indirekt hervor, daß viele örtliche Verwaltungen der Dörfer und Gemeinden offensichtlich unter dem Vorwand, Geld für das Bildungswesen zu sammeln, Mittel einwerben, die sie dann anderweitig verwenden. Auch scheinen Dorfbewohner und Schüler vielfach zu unrechtmäßigen Abgaben genötigt zu werden. Solcherlei Mißbrauch sollen die Bestimmungen unterbinden. Dort, wo genügend öffentliche Mittel für die Schulen zur Verfügung stehen, wo insbesondere der Staat zusätzliche Mittel bereitstellt wie für Armutsgebiete oder von Naturkatastrophen betroffene Gebiete, soll die ohnehin gebeutelte Bevölkerung nicht noch zusätzlich geschöpft werden. Dennoch werden nicht alle Bildungsfonds, die auf den unteren Verwaltungsebenen in Ergänzung zu den Bildungshaushalten gegründet werden,

mißbräuchlich verwendet. Bei den knappen Ressourcen der öffentlichen Hand stellen sie durchaus eine sinnvolle Ergänzung dar. Mit Spendengeldern konnten in den ländlichen Gebieten zahllose Schulen renoviert und neue Schulen gebaut werden. Deshalb soll die Möglichkeit der Gründung von Bildungsfonds erhalten bleiben, aber sie soll einer schärferen Kontrolle unterzogen werden. Wichtig ist vor allem, daß sich in der Bevölkerung zumal auf dem Lande, wo die Abgabenlast und insbesondere die Schulgebühren teilweise unzumutbare Ausmaße annehmen, ein Bewußtsein für rechtmäßig und unrechtmäßig erhobene Abgaben sowie für freiwillige Leistungen entwickelt. Überdies müssen die örtlichen Regierungen dafür Sorge tragen, daß das Bildungswesen insgesamt nicht durch das Abgabennwesen in Mißkredit gerät. -st-

*(18)
Schulbuchrevision und Bildungsreform in Hongkong

Hongkonger Schulbücher, die nicht den Grundsätzen Chinas entsprechen, müssen nach der Übergabe der Kronkolonie revidiert werden, erklärte der chinesische Außenminister Qian Qichen vor dem Nationalen Volkskongreß. Wörtlich soll Qian gesagt haben: "Der Inhalt einiger Lehrbücher, die derzeit in Hongkong in Gebrauch sind, entspricht nicht der Geschichte und der Realität; er widerspricht dem Geist des 'Ein Land, zwei Systeme' und dem Grundgesetz und muß revidiert werden." Diese Äußerung veranlaßte den Hongkonger Gouverneur Patten zu einem öffentlichen Protest, obwohl dies nicht die erste Ankündigung einer Schulbuchrevision war. Schon seit längerem steht fest, daß die in Frage kommenden Schulbücher in Hongkong allmählich der offiziellen chinesischen Sprachregelung und Sichtweise angepaßt werden sollen (vgl. C.a., 1996/6, Ü 18). Der Gouverneur machte deutlich, daß gemäß der Gemeinsamen Erklärung und dem Grundgesetz die Bildungspolitik eine Sache der Regierung nach der Übergabe Hongkongs und keine Sache der "political correctness" für chinesische Politiker sei. Beide Dokumente sagten nichts über das Umschreiben der Geschichtsbücher aus. Er hoffe, daß die Kinder in den Schulen etwas über den Opiumkrieg und den Imperialismus in China lernten, aber auch über den "Großen Sprung", die Kulturrevolution

und das, was 1989 auf dem Tiananmen-Platz geschah. (Vgl. SCMP, 11. u. 13.3.97)

Das Thema kam auch während der Sitzung der Politischen Konsultativkonferenz zur Sprache. Ein Hongkonger Mittelschullehrer, Abgeordneter der Konsultativkonferenz, äußerte die Meinung, daß sich die Lehrinhalte des Geschichts- und Politikunterrichts in Hongkong ändern müßten. Vor allem müsse die Tendenz, vorrangig die alte Geschichte zu behandeln und die neuere und neueste Zeit zu vernachlässigen, aufhören. Während seiner Schulzeit sei man im Geschichtsunterricht nur bis zur Revolution von 1911 gelangt, und auch heute komme man bestenfalls bis zur Mitte der siebziger Jahre. Heute müsse das Gewicht im Geschichts- und Politikunterricht stärker auf die Zeit seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik gelegt werden. Vor allem gelte es, bei den Schülern das Bewußtsein für das Prinzip "Ein Land, zwei Systeme" und für das gesellschaftliche System der VR China zu wecken und ihnen die chinesische Verfassung und das Hongkonger Grundgesetz nahezubringen.

Außerdem kündigte der Abgeordnete an, die Hongkonger Bildungsbehörde werde im Jahr 2000 neue Lehrpläne für das Fach chinesische Geschichte an Mittelschulen herausgeben. Er machte zugleich den Vorschlag, die betreffenden Mittelschullehrer in Hongkong durch Ergänzungs- und Fortbildungskurse mit den Lehrinhalten für chinesische Geschichte und Politik vertraut zu machen. (GMRB, 4.3.97) Damit steht dieser Abgeordnete in bezug auf die Hongkonger Bildungspolitik voll hinter der Beijinger Linie.

Daß sich die Lehrpläne in Hongkong in den kommenden Jahren ändern werden, steht außer Zweifel und wurde auch von dem künftigen Regierungschef der SVZ Hongkong, Tung Chee-hwa, bekräftigt. Er betonte kürzlich, daß er während seiner Amtsperiode dem Bildungswesen besondere Aufmerksamkeit widmen werde und daß dieses nach dem 1. Juli umgestaltet werden müsse. Die Schulen hätten insbesondere die geistige und moralische Bildung zu fördern. Schüler und Studenten sollten nicht mehr nur mechanisches Auswendiglernen üben, sondern Kenntnisse in moderner Wissenschaft und Technik erwerben, denn es gelte qualifizierte Fachleute heranzuziehen. Auf dem Gebiet der moralischen Bildung komme es darauf an, die persönliche Integrität der Jugendlichen

auszubilden und ihnen klarzumachen, daß sie Chinesen sind und die nationalen Tugenden zu internalisieren hätten. Unter den nationalen Tugenden verstand Tung Loyalität gegenüber Freunden, Respekt für die Alten, die stärkere Betonung der Pflichten und nicht der persönlichen Rechte sowie die selbstlose Arbeit zum Wohle der Öffentlichkeit. Er setzte diese chinesischen Nationaltugenden deutlich von den westlichen Bildungsidealen ab. Im Westen würden die Emanzipation des Individuums und die persönlichen Rechte betont, wohingegen es in China darum gehe, die persönlichen Interessen und Wünsche denen der gesamten Gesellschaft und Nation unterzuordnen. Im übrigen kritisierte Tung in seiner Rede die bisherige britische Bildungspolitik in Hongkong. Die Briten hätten gehorsame Untertanen heranziehen wollen, die "willig, wohlgezogen und kurzichtig" seien. Sie hätten in Hongkong keine ausgewogene Wirtschaftsstruktur gewollt, und ebenso hätten sie nicht gewollt, daß Hongkong seine eigenen Wissenschaftler und Techniker habe. (*Wenhui Bao* (Hongkong), 21.3.97, nach SWB, 22.3.97)

In dieser Kritik spiegelt sich die gewollte politische Ausrichtung auf das Festland wider, sie kann aber nicht die Tatsache verdrängen, daß die Hongkonger Bildungsinstitutionen schon seit etlichen Jahren in großer Zahl selbstbewußte und gut geschulte Fachkräfte aller Ebenen hervorgebracht haben. Zu nennen ist hier in erster Linie die Chinese University of Hong Kong. Eine andere Sache freilich ist die Frage der Identität, die in Hongkong schon immer kompliziert war. Hier werden die neuen Autoritäten nach dem 1. Juli ansetzen, und verständlicherweise sind neben den Medien die Schulen am besten geeignet, hinsichtlich der Identität eine größere Eindeutigkeit herzustellen - eine Eindeutigkeit zugunsten der chinesischen Nation. -st-

*(19)
Hongkong reduziert englischsprachige Schulen

Nach einer neuen Verfügung der Hongkonger Bildungsbehörde soll die Zahl der Sekundarschulen, auf denen der Unterricht in Englisch erfolgt, um die Hälfte auf etwa 100 reduziert werden. Künftig sollen nur noch Schulen, die über Schüler verfügen, deren Englischkenntnisse als gut eingestuft werden, Englisch als Unterrichtssprache ver-

wenden. Demnächst werden die Schulen konsultiert, und ab Herbst sind sie gehalten, nach bestimmten Vorgaben die Englischkenntnisse ihrer neu aufzunehmenden Schüler zu prüfen. Im November erhalten sie Nachricht, ob sie in Chinesisch oder Englisch unterrichten sollen. Ab dem Schuljahr 1998/99 tritt die neue Regelung mit der ersten Sekundarschulklasse in Kraft und wird dann von Jahr zu Jahr auf die höheren Klassen ausgedehnt. Schuldirektoren, die sich der Regelung widersetzen, müssen mit Geld- und Gefängnisstrafen rechnen.

Gegenwärtig unterrichten von 460 Sekundarschulen in Hongkong rund 200 in Englisch. Erhebungen zufolge soll aber nur ein Drittel der Sekundarschüler in der Lage sein, Englisch zu lernen und dem Unterricht zu folgen. Etwa 60 Prozent der Schüler, so fand man heraus, würden bei muttersprachigem Unterricht bessere Leistungen erbringen. Viele Schulen hingegen werben damit, daß sie englischsprachig sind, und viele Eltern streben eine solche Schule für ihre Kinder an. Nach der neuen Regelung werden nur noch 90 bis 100 Schulen die Genehmigung haben, in Englisch zu unterrichten. Von seiten des Lehrerverbandes wird die Maßnahme begrüßt; die Muttersprache (d.h. Kantonesisch) sei für die Mehrzahl der Schüler in Hongkong die beste Unterrichtssprache. Überdies werde Chinesisch nach der Übergabe Hongkongs größere Verbreitung und Bedeutung erlangen; deshalb komme die Maßnahme den Schülern zugute, und sie sollte von den Eltern und der Öffentlichkeit unterstützt werden, wenn sie sich um die Zukunft ihrer Kinder sorgten. (SCMP, 22.3.97)

Die Reduzierung der englischsprachigen Schulen hängt nur indirekt mit der Übergabe Hongkongs an China zusammen; in erster Linie scheinen pädagogische Gründe eine Rolle zu spielen. Schon seit längerer Zeit ist die angebliche Zweisprachigkeit der gebildeteren Hongkonger Bevölkerung Gegenstand von Fachdiskussionen, weil sich nämlich herausgestellt hat, daß die Englischkenntnisse der Hongkonger Sekundarschulabgänger sehr zu wünschen übrig lassen und Zweisprachigkeit de facto nicht gegeben ist. Diese als Standortvorteil Hongkongs ins Feld zu führen scheint schon lange nicht mehr gerechtfertigt, zumal Singapore und Malaysia viel eher als zweisprachige Gesellschaften zu gelten haben und Hongkong auch von Festlandchina Konkurrenz bekommt, wo die Eng-

lischkenntnisse der Jugend vielfach besser sind. Pädagogen halten die Vermittlung komplizierter Lehrstoffe in einer Fremdsprache für weniger erfolgversprechend als wenn der Unterricht in der Muttersprache erfolgt.

In einem Kommentar der SCMP (ebenfals 22.3.97) wird die Maßnahme dennoch bedauert. Es sei wichtig, heißt es dort, daß in einer internationalen Stadt wie Hongkong Englisch zweite Fremdsprache bleibe. Die Bedeutung des Englischen zu betonen sei praktische Notwendigkeit, denn Englisch sei die lingua franca der globalen Geschäftswelt. Wolle Hongkong seine Position als wichtiges Finanzzentrum beibehalten, dann sei die fließende Beherrschung dieser Sprache Voraussetzung. Freilich muß auch der Kommentator zugeben, daß der Englischunterricht in Hongkong zu verbessern und zu intensivieren sei, weil der gegenwärtige Zustand alles andere als befriedigend sei. Das Ziel müsse sein, daß die Absolventen der Sekundarschulen das Englische völlig beherrschten, ehe sie auf die Universität gingen. Die wirklich ehrgeizigen Schüler und Studenten müßten allerdings dreisprachig sein, denn neben Kantonesisch und Englisch werde auch das Hochchinesische in den kommenden Jahren zunehmend gefragt sein. -st-

*(20)

Geburtenplanung weiterhin vorrangig

Anläßlich einer nationalen Konferenz zur Geburtenplanung wurden die neuesten Bevölkerungszahlen Chinas bekanntgegeben. Ende 1996 betrug danach die Bevölkerungszahl 1,224 Mrd. Die Geburtenrate für 1996 wird mit 16,98 Promille angegeben, die natürliche Wachstumsrate mit 10,42 Promille. Damit sei die Bevölkerungsplanung eingehalten worden, hieß es (RMRB, 10.3.97). Im Vergleich zum Vorjahr umfaßte die Bevölkerung Chinas Ende 1996 bei einer Geburtenziffer von 23,67 Mio. 12,7 Mio. mehr Menschen (XNA, 12.3.97, nach SWB, 13.3.97). Sorgen bereitet aber nach wie vor das große regionale Ungleichgewicht. Insbesondere in den mittleren und westlichen Landesteilen sowie in den Armutsgeländen haben die Familienplanungskader mit großen Problemen zu kämpfen. Wie ungleich die Entwicklung verläuft, machen folgende Angaben deutlich (ebd.): In den sechs Jahren zwischen 1990 und 1996 haben zehn Provinzen ein kontinuierliches Absinken der Geburtenrate zu verzeichnen,

nämlich die drei regierungsunmittelbaren Städte Beijing, Tianjin und Shanghai, die drei nordostchinesischen Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang, die drei Küstenprovinzen Shandong, Jiangsu und Zhejiang sowie die Provinz Sichuan. In diesen zehn Provinzen entspricht die Geburtenziffer nahezu den örtlichen Vorgaben. In zwölf weiteren Provinzen, nämlich Henan, Guangdong, Hebei, Hunan, Anhui, Hubei, Jiangxi, Shaanxi, Fujian, Shanxi, Gansu und der Inneren Mongolei, die 1990 noch eine Geburtenrate von über 20 Promille zu verzeichnen hatten, ist die Entwicklung sehr ungleich gewesen und konnten die Fortschritte nicht stabilisiert werden. In fünf von diesen zwölf Provinzen (Hunan, Henan, Fujian, Anhui und Shaanxi) konnte die Geburtenrate um rund zehn Promillepunkte gesenkt werden, in drei Provinzen (Gansu, Innere Mongolei und Jiangxi) um mindestens 1,5 Promillepunkte. In Guangdong blieb die Zahl der Mehrfachgeburten pro Familie relativ hoch. Da zu Hebei, Hubei und Shanxi keine weiteren Angaben gemacht werden, ist anzunehmen, daß die Geburtenziffer in diesen drei Provinzen nicht nachhaltig reduziert werden konnte. In den restlichen acht Provinzen und autonomen Gebieten, nämlich Guangxi, Yunnan, Guizhou, Xinjiang, Hainan, Ningxia, Qinghai und Tibet, also durchweg Rand- und Minderheitsgebiete, konnte die Geburtenrate von 22,90 Promille 1990 auf 19,8 Promille 1996 gesenkt werden. In diesen Provinzen soll insbesondere die Zahl der Mehrfachgeburten zurückgegangen sein.

Die beiden größten Probleme, die eine Reduzierung der Geburtenziffer erschweren, sind zum einen der in einigen Gebieten zu erwartende Geburtenschub, zum anderen die Wanderbevölkerung. Zwischen 1995 und 2000 erreicht die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in Ningxia, Xinjiang, Jiangxi, Yunnan, Guizhou, Guangxi und Tibet einen Höhepunkt (GMRB, 10.3.97). Betroffen sind vor allem Gebiete mit einer starken Nationalitätenbevölkerung, bei der mit der Geburtenplanung später als bei der hanchinesischen Bevölkerung begonnen wurde. Deshalb wird sich in diesen Gebieten mittelfristig die absolute Geburtenziffer besonders stark erhöhen. Was die Wanderbevölkerung angeht, so scheint sie sich trotz der von den offiziellen Stellen erlassenen diesbezüglichen Bestimmungen weiterhin einer verschärften Kontrolle zu entziehen. Jedenfalls gibt es keine Anzeichen, daß

Migranten aufgrund ihrer persönlichen Situation, die durch die Notwendigkeit zu überleben gekennzeichnet ist, auf Kinder verzichten. Im Gegenteil, wie Th. Scharping in einer Befragung unter Migranten in Guangdong festgestellt hat, gibt es keinen wesentlichen Unterschied zwischen Wander- und Wohnbevölkerung in bezug auf die hohe Priorität, die der Kinderwunsch genießt (vgl. dazu Th. Scharping, Sun Huaiyang (Hrsg.), *Migration in China's Guangdong Province*, Hamburg 1997, S. 80 f.).

Auf der Geburtenplanungskonferenz bekräftigte die zuständige Ministerin Peng Peiyun die bisherige Geburtenplanungspolitik. Diese werde nicht geändert, und es werde keine Lockerung geben, weil die Bevölkerungssituation noch lange Zeit prekär sein werde. Der Schwerpunkt der Arbeit solle wie bisher auf Propaganda und Erziehung, Verhütungsmaßnahmen und kontinuierlicher, regelmäßiger Arbeit liegen. Ein besonderes Problem sei die mangelnde Qualifikation der rund 400.000 Geburtenplanungskader, die gegenwärtig in ganz China tätig sind. (RMRB, 13.3.97)

Das bevölkerungspolitische Ziel Chinas bleibt es weiterhin, die Bevölkerung bis zum Jahr 2000 nicht über 1,3 Mrd. anwachsen zu lassen. Einen neuen Akzent erhält die Familienplanung dadurch, daß sie künftig stärker in die Armutsbekämpfungsprogramme der Regierung integriert werden soll. Hilfe soll vorrangig denjenigen bedürftigen Familien gewährt werden, die Familienplanung betreiben, und denjenigen Kreisen, Gemeinden und Dörfern, wo hinsichtlich der Geburtenplanung gute Arbeit geleistet wird. Dies erklärte Jiang Zemin auf einem nationalen Forum über Geburtenplanung und Umweltschutz am 8. März in Beijing (vgl. RMRB, 9.3.97). -st-

*(21)

Dramatische Verschlechterung des Geschlechterverhältnisses

Seit Jahren macht sich in China zunehmend eine ungleiche Geschlechterrelation bei den jüngeren Altersgruppen bemerkbar. Der Grund ist, daß in den ländlichen Gegenden die traditionelle Anschauung der Geringschätzung weiblicher Nachkommen noch sehr verbreitet ist. Viele Familien manipulieren die Nachkommenschaft, indem schwangere Frauen durch Ultraschalluntersuchung festgestellte weibliche Föten abtreiben.

Auf diese Weise entwickelt sich ein starker Männerüberschuß. Die offiziellen Statistiken lassen die Zunahme der männlichen Geburten in den letzten Jahren deutlich erkennen. Normal ist eine Relation von 106 Jungen zu 100 Mädchen. Dieses Verhältnis war zuletzt in den Jahrgängen gegeben, die 1995 15-19 Jahre alt waren. Bei den Jahrgängen, die im selben Jahr 10-14 Jahre alt waren, betrug die Relation 108:100, bei den Altersgruppen 5-9 betrug sie 110:100 und bei den Altersgruppen 0-4 betrug sie 118:100 (vgl. *China Statistical Yearbook 1996*, S. 72). Die Angaben belegen die dramatische Zunahme männlicher Geburten in den letzten vier bis fünf Jahren.

Kürzlich hat sich die in Shenyang erscheinende Zeitschrift "Theorie und Praxis" (*Lilun yu shijian*) in einem Artikel mit diesem Thema befaßt (Nr. 357 vom 1.2.97, nach SWB, 4.4.97). In diesem Artikel wird das Problem als noch viel gravierender, ja als geradezu alarmierend dargestellt. Der Verfasser Yue Han nennt dort für das Jahr 1995 eine Relation von 131:100! Dies würde bedeuten, daß 1995 rund ein Drittel mehr Jungen als Mädchen geboren wurden. Die Verhältniszahl liegt deutlich höher als in der offiziellen Statistik. Auch andere Zahlen, die in dem Artikel genannt werden, liegen teilweise beachtlich über den offiziellen Angaben. So gibt der Verfasser für 1995 eine Geburtenrate von 21,68 Promille an, während im Statistischen Jahrbuch von 1996 für das Jahr 1995 eine Geburtenrate von 17,12 Promille angeführt wird.

Nun ist bekannt, daß gerade die offiziellen Bevölkerungsstatistiken teilweise unzuverlässig sind, weil sie vielerorts von den örtlichen Kadern geschönt werden, um die eigenen "Erfolge" in der Geburtenplanungsarbeit herauszustellen, und weil viele Geburten nicht registriert werden. Experten gehen daher davon aus, daß die offiziellen Geburtenziffern allgemein zu niedrig sind. Der Verfasser des Artikels gibt an, daß er sich auf Daten stützt, die ihm von "Familienplanungs-Abteilungen" zur Verfügung gestellt wurden. Das bedeutet, daß er sich nicht auf die offiziellen Daten der Statistischen Ämter stützt, sondern auf die Fachstatistik der Geburtenkontrollkommissionen. Die Daten dieser beiden Quellen weichen durchweg voneinander ab, weil sie mit unterschiedlichen Methoden erstellt werden. Während das Staatliche Statistische Amt, ausgehend von den nationalen Volkszählungen, jährliche Stichprobe-

nerhebungen und entsprechende Hochrechnungen durchführt, hat die Geburtenplanungskommission ein eigenes Informationssystem aufgebaut, das auf rotierenden, permanenten Stichprobenerhebungen in 60 Bezirken bzw. Städten beruht (vgl. dazu Th. Scharping, R. Heuser (Hrsg.), *Geburtenplanung in China*, Hamburg 1995, S. 170-172). Ohne daß im vorliegenden Fall entschieden werden kann, ob die in dem genannten Artikel verwendeten Daten realistischer als die offiziellen Statistiken sind, läßt sich jedoch vermuten, daß die Daten der Geburtenkontrollinstanzen in diesem konkreten Fall den tatsächlichen Verhältnissen näherkommen als diejenigen des Statistischen Amtes. Zumindest die Angaben für bestimmte Provinzen scheinen aufgrund der größeren Unmittelbarkeit bei den Erhebungen der Geburtenkontrollinstanzen verlässlicher zu sein.

Der Verfasser hat für seinen Artikel die Daten von Erhebungen der Geburtenplanungskommission in bestimmten Provinzen ausgewertet, die die krisenhafte Entwicklung der Geschlechterrelation anschaulich belegen. In allen untersuchten Gebieten wurde in den jüngeren Bevölkerungsgruppen ein deutlicher Überschuß der männlichen Bevölkerung registriert, und zwar steigt mit abnehmendem Alter die männliche Geburtenziffer immer schneller an. In einem Kreis in Hubei beispielsweise wurde 1984 ein Verhältnis von 108:100 registriert; dieses war 1991 auf 139,45:100 und 1995 gar auf 316,2:100 angestiegen. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß es sich nicht um ein Problem einer Familie, eines Kreises oder einer Provinz handele, sondern daß es ein Problem sei, daß ganz China angehe. Er prangert offen die schlimmen Praktiken auf dem Lande an, die dort zur alltäglichen Realität gehörten, um weibliche Nachkommen loszuwerden. Diese Praktiken reichen vom Aussetzen und Töten neugeborener Mädchen bis zu illegalen Ultraschalluntersuchungen und ggf. anschließenden Abtreibungen, die hauptsächlich mit Bestechung erreicht werden. Der Verfasser prognostiziert für das Jahr 2000 in China einen Männerüberschuß von 90 Mio. Er sagt ferner voraus, daß es aufgrund des Problems, daß Zigmillionen von Männern keine Frau finden würden, zu sozialen Unruhen kommen werde. Kaufe, Frauenraub, Mord und Totschlag, Inzest, Prostitution und Vergewaltigung würden an der Tagesordnung sein und die Gesellschaft destabilisieren.

Die durch die ungleiche Geschlechterrelation entstehenden Probleme scheinen unvorstellbar. Selten sind sie von chinesischer Seite so drastisch dargestellt worden. Sie als Panikmache oder Horrorgeschichte abzutun bedeutete ein Ausweichen vor dem Problem. Die offiziellen Stellen sind sich der Problematik durchaus bewußt, aber in der Öffentlichkeit wird viel zu wenig auf die Folgen der hohen männlichen Geburtenziffern hingewiesen. Solange sich die ländliche Bevölkerung dieser Folgen nicht bewußt ist und nicht umzudenken lernt, kämpfen die Familienplanungskader auf verlorenem Posten. -st-

Außenwirtschaft

*(22)

IWF und EU drängen China zur größeren Liberalisierung des Außenwirtschaftssystems

Während eines Besuches Anfang März in Beijing hat der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Michel Camdessus, mit Blick auf die robuste Entwicklung der Wirtschaft und der hohen Währungsreserven geraten, das Außenwirtschaftssystem noch weiter zu liberalisieren. Camdessus traf in Beijing mit dem Präsidenten der Zentralbank, Dai Xianglong, zusammen. Zuvor war der geschäftsführende Direktor des IWF auf einer Tagung seiner Organisation in Hongkong gewesen, in deren Mittelpunkt die Finanzintegration Hongkongs und die zukünftige Rolle Hongkongs stand. In seinem Gespräch mit Dai Xianglong hob Camdessus insbesondere die Notwendigkeit hervor, die chinesische Währung völlig konvertibel zu machen. Allerdings müsse hierbei sehr vorsichtig vorgegangen werden. Voraussetzung für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung sei eine niedrige Inflationsrate, ein stabiles Wachstum, ein gesundes Finanzsystem sowie ausreichende Devisenreserven. (SCMP, 11.3.96)

Während diese Aufforderung des IWF zur Liberalisierung des Außenwirtschaftssystems eher allgemeiner Natur war, konzentrierten sich die Gespräche zwischen der EU und chinesischen Regierungsvertretern in Beijing über Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) auf sehr konkrete Fragen

der Marktöffnung. Insbesondere ging es dabei um folgende Forderungen der EU zur Zulassung ausländischer Dienstleistungsanbieter:

- * Die Bedingungen für den Marktzugang von ausländischen Dienstleistern sollen transparent und bindend sein.
- * Zusagen für den Marktzugang müssen landesweit umsetzbar sein und keine regionalen oder inhaltlichen Einschränkungen enthalten.
- * Ausländische Banken und Versicherungsgesellschaften sollen Geschäfte mit chinesischen Kunden abschließen dürfen; sie sollen auch als Wertpapiergesellschaften zugelassen sein.
- * Mengenmäßige Beschränkungen bei der Zulassung von ausländischen Anwaltsfirmen sollen aufgehoben werden; sie sollen auch chinesische Anwälte einstellen dürfen.
- * Ausländische Schiffahrtsgesellschaften sollen unbeschränkt zugelassen werden; die Zulassung soll sich auch auf Frachtdienste erstrecken.
- * Ausländische Groß- und Einzelhändler sollen die Geschäftserlaubnis erhalten.
- * Der Telekommunikationssektor soll grundsätzlich für ausländische Anbieter geöffnet werden.
- * Ausländische Anbieter im Dienstleistungsbereich sollen sich niederlassen dürfen in China.

Über die obigen Forderungen der EU hat es bei den bilateralen Gesprächen keine Einigung geben können. Ebenfalls keine Übereinstimmung gab es hinsichtlich der Frage, ob China erst beitreten kann und dann über genaue Maßnahmen zur Marktöffnung entschieden werden soll (wie die chinesische Regierung dies wünscht) oder ob dies vor Aufnahme in die WTO geschehen soll (wie die EU dies fordert) (NZZ, 21.3.97). -schü-

*(23)

China veröffentlicht Weißbuch über die Handelsbeziehungen zu den USA

Am 21. März 1997 legte das Informationszentrum des Staatsrates ein Weißbuch vor, das eine Stellungnahme der chinesischen Regierung zur Entwicklung der Handelsbeziehungen mit den USA zum Gegenstand hat. In einem Vorwort wird das Ziel dieses Weißbuches vorgestellt. So sei die Frage der bilateralen Handelsbilanz innerhalb der beidseitigen Beziehungen zu stark in

den Vordergrund geschoben und sogar von den USA in ihrer Bedeutung übertrieben worden. Dies habe die gesunde Entwicklung der Beziehungen beider Staaten behindert und auch in anderen Ländern Unruhe hervorgerufen. Aus diesem Grunde halte es die chinesische Regierung für notwendig, ihre Position und Sichtweise deutlich zu machen.

Hervorgehoben wird im Weißbuch zunächst die dynamische Entwicklung des beidseitigen Handels, der eine jährliche Wachstumsrate von 18% in den letzten 18 Jahren aufweise. Allerdings unterscheide sich die statistische Erfassung der Handelsströme in beiden Ländern, so daß unterschiedliche Handelsvolumina errechnet würden:

Chinesische Statistik:

- Bilateraler Handel:
1979 2,45 Mrd. US\$
1996 42,84 Mrd. US\$

US-Statistik:

- Bilateraler Handel:
1979 2,37 Mrd. US\$
1996 63,5 Mrd. US\$

Chinesische Statistik:

- Bedeutung der Importe Chinas für die USA:
1996 11,6%

US-Statistik:

- Bedeutung der Importe Chinas für die USA:
1996 5,42%

Nach amerikanischen Berechnungen erzielten die USA im Zeitraum 1979-82 einen Überschuß im Handel mit China, der sich in den folgenden Jahren in ein Defizit verwandelte, das 1996 auf 39,5 Mrd. US\$ anstieg.

Nach chinesischen Berechnungen hat China zwischen 1979 und 1992 Handelsdefizite hinnehmen müssen. Erst ab 1993 erzielte China Überschüsse im Handel, die sich 1996 auf 10,5 Mrd. US\$ beliefen.

Dem Bericht der 1994 bilateral eingesetzten Untersuchungsgruppe nach sei das zu hoch ausgewiesene Defizit der USA auf folgende Ursachen zurückzuführen:

* In der Import-Statistik der USA sei der Entrepot-Handel und die Wertschöpfung aus dem Entrepot-Handel bei der Berechnung der Importe aus China überschätzt worden. Nach chinesischen Statistiken wird ein großer Teil des Au-